

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/02/2017

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 14.02.2017,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Uwe Gaumann

Herr Dustin Holzmann

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. BM Schwintzer

i. V. f. BM Rowetter

Bürgerliche Mitglieder

Frau Susanna Hansen

Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel

Herr Dietmar Kähler

Frau Yasmina Klix

Behindertenbeirat

Seniorenbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Ines Matic

Frau Kerstin von Dahlen

Frau Iris Koch

Herr Andreas Koch

Frau Friederike Schuldt

Frau Dorothea Wapsa

Regionalleitung Vereinigung Kitas
Nord gGmbH

Leitung Kita Stadtzwerge

TeachBeyond Deutschland e. V.

TeachBeyond Deutschland e. V.

Verein Tagesmütter und -väter
Stormarn e. V.

Verein Tagesmütter und -väter
Stormarn e. V.

Verwaltung

Herr Thomas Reich

Frau Cornelia Beckmann

Frau Anja Gust

FBL II

FDL II.6

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Claus Rowetter

Frau Gabriela Schwintzer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2017 vom 10.01.2017
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Errichtung einer Offenen Ganztagschule (OGS) am Standort der Grundschule am Reesenbüttel
 - 6.2.2. Jahresbericht über die Aufnahme, Unterbringung, Beratung und Betreuung von Asylsuchenden im Kreis Stormarn
 - 6.2.3. Aktuelle Situation Asyl/Unterbringung
 - 6.2.4. Jugend im Rathaus
 - 6.2.5. Neue Großpflegestelle in Ahrensburg
 - 6.2.6. Kitabeiträge ab August 2017
7. Antrag auf Aufnahme in den Bedarfsplan des Kreises Stormarn
-geplante Kindertageseinrichtung im Gewerbegebiet, Am Hopfenbach-
- e n t f ä l l t - **2016/145**
8. Schaffung einer zweigruppigen Krippeneinrichtung in der Hagener Allee 5 **2016/146**
9. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 9.1. Aktionsplan Inklusion
 - 9.2. Vollversammlung des Kinder- und Jugendbeirates

- 9.3. Ergebnispapier des Arbeitskreises der SPD-Fraktion zum Thema „Kinderbetreuung in Ahrensburg“
- 9.4. Flyer und Hetzparolen der NPD in Stadtgebiet
- 9.5. Einladung der Engagierten Stadt zum Thema Altenplan

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Lagerbauer möchte wissen, ob zum kommenden Schuljahr ausreichend Hortplätze am Standort der Grundschule Am Reesenbüttel zur Verfügung stehen und sofern nicht, welche Lösungen die Stadt hat.

Eine andere Mutter ergänzt, dass ihr bekannt sei, dass nach einer Umfrage der Schule der Bedarf auch in diesem Jahr wieder höher sei als das vorhandene Platzangebot. Sie sorgt sich sehr um die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Am Reesenbüttel, die auf Ammersbeker Gemeindegebiet wohnen und infolge des Platzkontingents keinen Hortplatz zum neuen Schuljahr bekommen könnten. Sie macht deutlich, dass auch diese Kinder mit ihren Schulfreunden nachmittags betreut werden möchten. Sie bittet die Vertreter der Stadt Ahrensburg, diese Problematik zu berücksichtigen, insbesondere weil sie als betroffene Mutter das Gefühl hat, dass die Gemeinde Ammersbek diese Problematik ignoriert. Zudem möchte sie wissen, ob sich an der Situation etwas ändert, wenn es ein offenes Ganztagschulangebot gäbe.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass die Gesamtproblematik und auch die der Ammersbeker Kinder dem Ausschuss bekannt sind und dieser sich in jedem Jahr mit dem Thema befasst. Sie bittet die Verwaltung, Näheres zum aktuellen Sachstand mitzuteilen.

Frau Beckmann berichtet hierzu, dass eine entsprechende Beschlussvorlage hierzu im März oder April 2017 erfolgen wird. Sie weist darauf hin, dass das Hortplatzangebot ein freiwilliges Angebot der Stadt Ahrensburg ist und selbstverständlich die Ahrensburger Kinder vorrangig zu versorgen sind.

Stadtverordneter Proske merkt an, dass betroffene Familien diese Thematik auch in Ammersbek vortragen müssen, denn die Gemeindegrenze liegt nun mal so und die betroffenen Straßen gehören in das Hoheitsgebiet der Gemeinde Ammersbek.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Verwaltung teilt mit, dass der Träger TeachBeyond Deutschland e. V. den Zuschlag für das Grundstück Am Hopfenbach für die geplante Kita nicht erhalten habe. Die Beschlussvorschläge der Vorlage Nr. 2016/145 waren jedoch an diesen Standort gekoppelt. Die Verwaltung zieht daher die Vorlage zurück.

Stadtverordneter Proske bittet, die Tagesordnung um die Vorlage Nr. 2017/006 „Veränderung des zeitlichen Umfangs der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auf die Hälfte“ zu erweitern. Er begründet sein Anliegen damit, dass es bei dieser Vorlage inhaltlich auch um Stundenanteile für die Thematik der Inklusion gehe. Dieses Thema liegt im sachlichen Zuständigkeitsbereich des Sozialausschusses und des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses. Infolge sollten beide Ausschüsse für die bevorstehende Beratung im Hauptausschuss und zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung abgeben dürfen.

Herr Bartel von Behindertenbeirat pflichtet dem bei und ergänzt, dass der Behindertenbeirat seinen Antrag aus dem vergangenen Jahr voraussichtlich im April 2017 erneuern wird.

Die Ausschussmitglieder beraten und verständigen sich darauf, dass der Hauptausschuss seine Beschlussfassung verschieben möge. Der Sozialausschuss möchte die Vorlage in seiner März-Sitzung beraten und hierzu eine Empfehlung abgeben.

Die CDU beantragt im Rahmen der Dringlichkeit die Bereitstellung der Planungskosten zur Errichtung einer Kita auf dem Gelände Heimgarten auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, weil die Verwaltung zugesagt hatte, eine entsprechende Vorlage zur heutigen Sitzung zu erstellen.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2017 vom 10.01.2017

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Errichtung einer Offenen Ganztagschule (OGS) am Standort der Grundschule am Reesenbüttel

Die Verwaltung berichtet:

Nach Mitteilung der Schulleiterin ist die geplante stufenweise Errichtung einer Offenen Ganztagschule (OGS) aus Sicht des zuständigen Ministeriums nicht genehmigungsfähig. Eine OGS könne nur im Ganzen entstehen. Aus diesem Grund teilt die Grundschule Am Reesenbüttel mit, dass die Errichtung der OGS auf den Beginn des Schuljahres 2018/2019 geschoben wird.

Auf Nachfrage führt der Fachbereichsleiter Herr Reich weiter aus, dass die bestehenden Projektgruppen weiterarbeiten. Aktuell sind Schule und zukünftiger Träger der OGS über konzeptionelle Inhalte im Gespräch.

Stadtverordneter Stukenberg und Bürgerliches Mitglied Siller möchten wissen, wie sich die aktuelle Situation an diesem Standort darstellt und welche Planungen hinsichtlich der ausgelagerten Hortgruppen bestehen.

Die Verwaltung berichtet, dass sie derzeit mit dem Träger im Gespräch ist und den Bedarf für das kommende Schuljahr klärt. Die Auswertung und ggf. ein Nachsteuerungsbedarf sollen dem Sozialausschuss im März 2017 vorgestellt werden. Die derzeitige Planung geht davon aus, dass alle ausgelagerten Gruppen an die Grundschule Am Reesenbüttel zurückkommen und in den dann fertig gestellten Räumlichkeiten der Schule betreut werden können.

Die Verwaltung möchte dann in der Hausmeisterwohnung im Schulzentrum Am Heimgarten eine Großpflanzstelle errichten. Für die gekaufte Containeranlage bestehen ebenfalls schon Ideen, die zu gegebener Zeit vorgestellt werden sollen. Die Gruppenräume der Hortgruppen an der Fritz-Reuter-Schule werden künftig von der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule benötigt.

Im Hinblick auf den aktuellen Bedarf und den verankerten Rechtsanspruch der Kinder unter drei Jahren bitten die Ausschussmitglieder, das Angebot des Landes auf unentgeltliche Überlassung von Containern zu prüfen. Die Verwaltung wird zu diesem Zweck mit der beauftragten Stelle Kontakt aufnehmen.

6.2.2. Jahresbericht über die Aufnahme, Unterbringung, Beratung und Betreuung von Asylsuchenden im Kreis Stormarn

Der Bürgervorsteher hat die Verwaltung auf den o. g. Bericht aufmerksam gemacht. Dieses liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

6.2.3. Aktuelle Situation Asyl/Unterbringung

Die Verwaltung trägt vor:

Grundlage des Kreises Stormarn für die Quotenberechnung sind per 02/2017 aktuell 271 (Vormonat 273) zugewiesene Asylbewerber; Flüchtlinge und Spätaussiedler, davon zwölf seit Jahresbeginn 2017. In der Quote des Kreises Stormarn liegt die Stadt damit aktuell per 02/2017 bei ./. 18 (Vormonat ./. 28).

Die neue Unterkunft Kornkamp ist aktuell mit 18 Personen belegt (bestehend aus Familien, Einzelpersonen und einer obdachlosen Person). Durchschnittlich zehn Personen werden der Stadt monatlich neu zugewiesen. Nach der Prognose des Kreises Stormarn wird die Unterkunft bis Spätsommer 2017 komplett belegt sein.

In diesem Zusammenhang leitet Herr Proske eine Bitte der ehrenamtlichen Helfer von Freundeskreis an die Verwaltung: Es wird gebeten zu prüfen, ob zumindest vorübergehend ein weiterer Gemeinschaftsraum als Unterrichtsraum bereitgestellt werden kann, damit die Bewohner ungestört für ihr Deutschzertifikat lernen können. Derzeit ist ein ungestörtes Lernen in dem einzig vorhandenen Gemeinschaftsraum kaum möglich, da der einzige Gemeinschaftsraum auch von anderen Bewohnern genutzt wird.

Die Verwaltung wird dieses Anliegen an die zuständige Abteilung weiterleiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat Kontakt zum Vorstand des Freundeskreises und dem ehrenamtlichen tätigen Lehrerteam aufgenommen. Beide sind selber nicht an die Verwaltung mit dem Wunsch nach weiteren Gemeinschaftsräumen herangetreten. Nach Rücksprache ergibt sich auch nach deren Auffassung kein weiterer Bedarf. Geplant ist auch keine Durchführung von Deutschkursen an diesem Standort, was einen räumlichen Bedarf nach sich ziehen könnte. Als Gemeinschaftsräume wurden die Küchen größer geplant als üblich, um auch dort Rückzugsmöglichkeiten zu schaffen. Durch die aktuell noch großzügigere Belegung (2-er Zimmer sind z. T. nur mit 1 Person belegt, sind auch so in den eigenen Räumen Lernmöglichkeiten gegeben.

Neben der Anlage Kornkamp sind in den einzelnen städtischen Notunterkünften vereinzelt Kapazitäten frei. Diese werden insbesondere auch für sonstige Unterbringungsfälle (Obdachlose, Räumungsbeklagte) benötigt und freigehalten. Angemieteter Wohnraum ist nicht frei.

Im Dezember 2016 hat die Verwaltung den Sozialausschuss über den aktuellen Stand zur Thematik Familienzusammenführung unterrichtet und mitgeteilt, dass bislang entsprechende Anträge mit bis zu 32 Personen bekannt sind. Diese Zahl hat sich nicht weiter erhöht.

479 Personen (Flüchtlinge und Obdachlose) sind aktuell per 2/2017 durch die Stadt Ahrensburg in städtischen Notunterkünften oder angemieteten Wohnungen und Häuser eingewiesen und werden durch den FD. II.4 betreut. Derzeit sind alle angemieteten Objekte belegt.

Bei vier angemieteten Wohnungen konnten Kooperationsvereinbarungen mit dem Vermieter geschlossen werden, wonach die eingewiesene Familie nach Ablauf eines Jahres in den Mietvertrag einsteigt und die Stadt aus dem Mietvertrag entlassen wird. Dieses Verfahren soll zukünftig weiter verfolgt werden, um anerkannten Familien, aber auch sonstigen wohnungslosen Menschen in den Notunterkünften einen Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

Aktuell hat die Stadt bei acht weiteren angemieteten Wohnungen Anfragen an den jeweiligen Vermieter gestartet, ob die Bewohner (länger als ein Jahr in der Wohnung und mit dauerhaftem Bleiberecht) den Mietvertrag der Stadt übernehmen könnten.

6.2.4. Jugend im Rathaus

Die Verwaltung teilt mit, dass die diesjährige Durchführung von „Jugend im

Rathaus“ um einen Tag verlängert wurde. Die Veranstaltung findet nun vom 14. bis 22.06.2017 statt.

6.2.5. Neue Großpflegestelle in Ahrensburg

Die Verwaltung berichtet, dass unter der Anschrift Forsthof Hagen 1 eine neue Großpflegestelle eröffnet. Frau Heller, Tagespflegeperson aus Ammersbek, wird ab dem 01.03.2017 ihre Großpflegestelle eröffnen.

6.2.6. Kitabeiträge ab August 2017

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung:

In Verbindung mit der überarbeiteten Aufnahme- und Benutzungssatzung werden auch die auf Planzahlen ermittelten Kitabeiträge am 23.02.2017 dem gemeinsamen Kitaausschuss zur Beratung vorgestellt und im Anschluss daran dem Sozialausschuss vorgelegt.

7. **Antrag auf Aufnahme in den Bedarfsplan des Kreises Stormarn
-geplante Kindertageseinrichtung im Gewerbegebiet, Am Hopfenbach-**

— e n t f ä l l t —

8. Schaffung einer zweigruppigen Krippeneinrichtung in der Hagener Allee 5

In der vorangegangenen Sitzung war die Verwaltung beauftragt worden, mit dem Vermieter der Liegenschaft Hagener Allee 5 noch einmal über den Mietpreis zu verhandeln. Die Verwaltung teilt zum heutigen Sitzungstermin mit, dass der Vermieter in Bezug auf seine Mietpreiskalkulation keinen Spielraum sieht, jedoch bereit ist, in anderen Bereichen (z. B. Gestaltung der Nutzflächen) Entgegenkommen zu zeigen.

Stadtverordneter Randschau teilt mit, dass seine Fraktion den Standort bei Betrachtung der stadtplanerischen Nutzung und der Verkehrsentwicklung sehr skeptisch betrachtet hat. Ausschlaggebend sich gegen den Beschlussvorschlag der Vorlage zu entscheiden war jedoch, der im Vergleich zu anderen Kitastandorten, hohe Mietpreis. Aus seiner Sicht soll die Verwaltung andere und wirtschaftliche Standorte prüfen.

Auch die Stadtverordneten Holzmann und Dähnhardt sprechen sich aufgrund der Mietkosten gegen den Beschlussvorschlag aus. Herr Dähnhardt trägt zudem Anregungen seiner Fraktion vor, die die Verwaltung prüfen möge: Aufstockung der Kitas Stadtzwerge und Erlenhof, Standort Rohrbogenwerk, Villa Ernst-Ziese-Straße und Errichtung eines weiteren Waldkindergartens.

Die Verwaltung merkt hierzu an, dass eine Aufstockung der beiden genannten Kitas aus statischen Gründen nicht möglich, stadtplanerisch fraglich ist. Das Rohrbogenwerk ist vermietet und wird für einen Kfz-Handel genutzt. Der Kaufpreis für die Villa in der Ernst-Ziese-Straße beträgt 1,2 Mio. €. Zudem wurde das Gebäude komplett renoviert, müsste zum Betrieb einer Kita erneut vollständig umgebaut werden. Über die Errichtung weiterer Wald-/Naturgruppen ist die Verwaltung im Gespräch.

Stadtverordneter Stukenberg schließt sich den Vorrednern an und erklärt, dass neben dem Mietpreis auch die langfristige Zweckbindung für seine Fraktion problematisch sei.

Die Stadtverordnete Brandt macht deutlich, dass auch in ihrer Fraktion die bereits genannten Argumente benannt wurden, die gegen eine Beschlussfassung der Beschlussvorschläge sprechen. Dennoch hat sich ihre Fraktion unter Abwägung der aktuellen Betreuungssituation entschieden, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Nach dieser Aussprache erfolgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **3 dafür (3 CDU)**
 6 dagegen (2 SPD, 2 Grüne, 1 WAB, 1 FDP)

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise

9.1. Aktionsplan Inklusion

Herr Bartel berichtet, dass der Behindertenbeirat im April 2017 seinen Antrag zum Aktionsplan Inklusion erneuern wird. Dieser Antrag wird auch Aussagen zu erforderlichen Personalkapazitäten enthalten.

9.2. Vollversammlung des Kinder- und Jugendbeirates

Frau Klix gibt bekannt, dass die Vollversammlung des Kinder- und Jugendbeirates am 09.03.2017 um 19:00 Uhr stattfindet.

In diesem Zusammenhang gibt der Fachbereichsleiter Herr Reich bekannt, dass Frau Hertz den Stadtjugendring voraussichtlich zum 01.04.2017 verlässt.

9.3. Ergebnispapier des Arbeitskreises der SPD-Fraktion zum Thema „Kinderbetreuung in Ahrensburg“

Stadtverordneter Randschau erinnert an das Ergebnispapier des Arbeitskreises der SPD-Fraktion zum Thema „Kinderbetreuung in Ahrensburg“. Er merkt an, dass sich Politik und Verwaltung bisher vorrangig mit der Schaffung weiterer Betreuungsangebote beschäftigt haben, um den steigenden Bedarf abdecken zu können. Neben der Quantität spielt aber auch die Sicherung der Qualität eine zunehmende Rolle.

So wünscht er sich zu diesem Thema einen eigenen Tagesordnungspunkt im Rahmen einer Sozialausschusssitzung, um mit Elternvertretern und Einrichtungsträgern hierüber zu diskutieren. Auf Anregung der Ausschussvorsitzenden, dieses Thema im Rahmen einer eigenen Veranstaltung zu besprechen, ergänzt Stadtverordneter Proske, dass es wichtig sei, diese Diskussion nicht als Thema einer Fraktion hinzustellen, sondern zu signalisieren, dass sich der Sozialausschuss der Stadt Ahrensburg hiermit befasst.

Über den Vorschlag erfolgt eine Aussprache und die Mitglieder des Sozialausschusses verständigen sich auf einen Sondersitzungstermin, der sich mit diesem Thema befassen soll. Der Verwaltung soll Gelegenheit zur Vorbereitung gegeben werden. Der Termin soll vor dem Meldetermin der Haushaltsansätze 2018 erfolgen.

9.4. Flyer und Hetzparolen der NPD in Stadtgebiet

Der Sozialausschuss wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich im Stadtgebiet wieder gehäuft NPD-Flyer mit entsprechender Propaganda finden.

Die Verwaltung wird gebeten, den Sachverhalt für den Jahresbericht Rechtsradikalismus zu dokumentieren.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei dem Material handelt es sich um alte Aufkleber und Flugblätter zur Europawahl aus dem Jahr 2014. Der Bauhof wird mit der Beseitigung beauftragt.

9.5. Einladung der Engagierten Stadt zum Thema Altenplan

Frau Brandt erinnert die Ausschussmitglieder daran, dass zur genannten Einladung eine Rückmeldung über die Teilnahme gewünscht wird.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin